

1000 Schulen für unsere Welt

Deutsche Kommunen fördern Zukunftsperspektiven

Eine Gemeinschaftsinitiative des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes unter Schirmherrschaft des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller

Global denken, lokal handeln

Bildung ist die zentrale Schlüsselressource. Bildung zu fördern heißt, Armut zu verringern und Perspektiven vor Ort zu schaffen. Bildung bedeutet, Kindern eine Zukunft, Menschen Chancen auf Beschäftigung, auf Verbleib in der Heimat und auf freie Gestaltung ihres Lebens zu bieten. Bei der Flüchtlingsintegration haben Städte, Landkreise und Gemeinden bewiesen, wie viel Kraft, Energie und Einsatzbereitschaft im kommunalen Zusammenschluss mobilisiert werden kann. Mit der Strategie „global denken, lokal handeln“ wollen deutsche Kommunen im Zusammenwirken mit dem Ehrenamt vor Ort und gemeinsam mit ihrer Bürgerschaft einen wirksamen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit, zur Bekämpfung von Fluchtursachen und zur Verbesserung der Lebenssituationen in Ländern des Globalen Südens leisten.

Der Landkreis Donau-Ries geht mit gutem Beispiel voran und hat begonnen, gemeinsam mit der Reiner Meusch Stiftung Fly & Help bis 2020 zwanzig Schulen in Afrika zu bauen. Die Schulbauprojekte des Landkreises und seiner Bürgerinnen und Bürger werden ausschließlich durch Bürgerspenden und Sponsoring der lokalen Wirtschaft realisiert.

- **Die kommunalen Spitzenverbände setzen sich mit ihrer Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ dafür ein, dass das gute Beispiel des Landkreises Donau-Ries bundesweit Schule macht. Wir wollen Menschen durch Bildung eine Zukunft in ihrer Heimat ermöglichen und Perspektiven vor Ort schaffen. Denn durch Bildung wird die Grundlage gelegt, um als Erwachsener den Lebensunterhalt für sich und seine Familie sicher und zuverlässig in ihrer eigenen Heimat erwirtschaften zu können. Die Verbände möchten Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger in Deutschland dafür gewinnen, sich aktiv für das Programm „1000 Schulen für unsere Welt“ zu engagieren. Der Ideengeber Landrat Stefan Rößle und der Stiftungsgründer Reiner Meusch als Botschafter sowie Minister Dr. Gerd Müller als Schirmherr setzen sich ebenfalls engagiert für die Gemeinschaftsinitiative ein.**
- **Mit der Gemeinschaftsinitiative greifen die Verbände den „Marshallplan mit Afrika“ und die Bildungsstrategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf, durch die Bildung als wesentliche Säule zur Förderung der eigenen Entwicklungskräfte gestärkt werden soll.**

Finanzierung

- Hilfe vor Ort ist wesentlich effektiver und günstiger als die Versorgung von Flüchtlingen in Deutschland. Für ca. 50.000 Euro kann ein minderjähriger Flüchtling in Deutschland ein Jahr betreut werden. Mit derselben Summe kann in Afrika, Asien oder Südamerika eine Schule gebaut werden – und damit pro Schule und Jahr bis zu 1000 Schülern 1000 Bildungs- und Zukunftsperspektiven geboten werden.
- Bei den Schulbauprojekten werden keine Steuermittel eingesetzt. Die Finanzierung erfolgt über Bürgerspendsen und Sponsorengelder der lokalen Wirtschaft. Die Spendengelder fließen vollständig in die Schulbauprojekte vor Ort, die anfallenden Verwaltungskosten werden durch andere Sponsoren übernommen.

Umsetzung

- Mit der Stiftung Fly & Help steht der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ ein zuverlässiger und vertrauenswürdiger Partner zur Verfügung, der seit Stiftungsgründung rund 250 Schulbauprojekte weltweit realisiert hat, davon alleine in den letzten zwei Jahren ca. 100 Schulen. Die Stiftung ist Trägerin des Spendensiegels des „Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI)“, welches ein Markenzeichen für seriöse Spendenorganisationen ist. Bei Bedarf werden weitere kompetente Stiftungen oder andere Partner die Umsetzung der Initiative unterstützen. Kommunen haben darüber hinaus auch die Möglichkeit mit anderen Stiftungen ihres Vertrauens zusammenzuarbeiten und sich unter das Dach der gemeinsamen Initiative zu stellen.
- Gemeinsam mit Partnern und in Abstimmung mit den Akteuren vor Ort plant und beaufsichtigt Fly & Help den Schulbau. Dabei handelt es sich vornehmlich um Vor- und Grundschulgebäude. Die Stiftung schließt Verträge mit Partnerorganisationen vor Ort, die nach streng vorgegebenen Richtlinien von ihnen ausgewählt werden, um den ordnungsgemäßen Bau und Schulbetrieb nach der Erbauung sicherzustellen. Voraussetzung für den Schulbau ist auch, dass Fly & Help die Schulen an die Kommune oder den Träger nach Fertigstellung übergibt, die sich zuvor verpflichten, Lehrkräfte bereitzustellen. Die Grundstücke, auf denen die Schulgebäude entstehen, werden in der Regel von den jeweiligen Gemeinden bzw. sonstigen Trägern zur Verfügung gestellt. Nach Fertigstellung eines Schulbauprojektes sichert Fly & Help mit Unterstützung seiner Partner vor Ort zu, dass die Gebäude für den vorgesehenen Zweck verwendet werden.

Die Rolle der Kommune und ihrer Bürgerinnen und Bürger

- Am Beginn steht der politische Wille der Kommunalpolitik und der Bürgerinnen und Bürger, die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ zu unterstützen. Dazu ist es erforderlich, dass die Initiative der Öffentlichkeit und der lokalen Wirtschaft vorgestellt und für ein Engagement geworben wird. Ein Beschluss der kommunalen Vertretungskörperschaft kann das entwicklungspolitische Engagement zusätzlich unterstreichen. Eine gemeinsame Strategie der Kommune mit lokalen Partnern zur Einwerbung von Spendengeldern erhöht die Sichtbarkeit des Engagements im öffentlichen Raum zusätzlich.
- Die Stiftung bemüht sich, Vorschläge der deutschen Kommunen für Schulbauprojekte zu berücksichtigen. Ein Schulbau ist voraussichtlich möglich, wenn ein Bedarf nachweislich gegeben ist und gleichzeitig die Standards von Fly & Help sichergestellt bleiben. Alternativ haben Kommunen auch die Möglichkeit, mit anderen Stiftungen

zusammenzuarbeiten und sich in die Gemeinschaftsinitiative mit eigenständigen Schulprojekten einzubringen.

- Mit den eingeworbenen Geldern wird ein konkretes Schulbauprojekt über die Stiftung Fly & Help umgesetzt. Indem sich eine Kommune für ein Schulbauprojekt verantwortlich zeichnet, wird kommunale Entwicklungspolitik für die Bürgerinnen und Bürger lebendig – der Fortschritt „ihres“ Schulbauprojektes kann von den Spendern verfolgt werden und macht das Engagement der Bürgerinnen und Bürger greifbar. Die Spendengelder können auf Wunsch der Kommune direkt bei der Stiftung auf Unterkonten, die der jeweiligen Kommune zugeordnet werden können, gesammelt werden. Die Stiftung informiert die Kommune auf Anfrage über den Kontostand. Einen konkreten Projektvorschlag unterbreitet die Stiftung den Kommunen, wenn die nahezu vollständige Fördersumme zur Verfügung steht.
- Die Schulbauprojekte können und sollen ein erster Schritt für ein weiterführendes Engagement in unserer Welt sein. Hierbei sind Kooperationen mit der lokalen Wirtschaft, Bildungsträgern oder Nichtregierungsorganisationen bis hin zu Schul- und Städte- oder Projektpartnerschaften wünschenswert. Die kommunalen Spitzenverbände unterstützen die Kommunen bei ihrem nachhaltigen Engagement u.a. durch Beratung in Bezug auf weiterführende Förderprogramme des Bundes. Durch ihre Beteiligung an der Initiative setzen Kommunen außerdem ein starkes Zeichen für Weltoffenheit und globale Verantwortung, stoßen einen Dialog der Bürgerinnen und Bürger zu globalen Zusammenhängen an und leisten einen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und ihrer Nachhaltigkeitsziele.

Kontakt und weiterführende Informationen

- Deutscher Städtetag: Sabine Drees (sabine.drees@staedtetag.de, 0221 3771-214)
- Deutscher Landkreistag: Miriam Elsäeßer (1000-Schulen@landkreistag.de, 030 590097-332)
- Deutscher Städte- und Gemeindebund: Jonas Wiggers (1000schulen@dstgb.de, 030 77307-241)
- Schulbauprojekte im Landkreis Donau-Ries:
www.donau-ries.de/kommunaleEntwicklungszusammenarbeit
- Stiftung Fly & Help: www.fly-and-help.de

In Partnerschaft mit





**THE REPUBLIC OF UGANDA
OFFICE OF THE DEPUTY RESIDENT CITY COMMISSIONER
KAMPALA-MAKINDYE DIVISION
P.O Box 352 Kampala
Tel: 268027**

Date: 6th November, 2018

Your ref.....
Our ref D/RCC/REC/18

The

District of Giessen

Head of District Administration

Riversplatz 1-9

Germany

Dear Mrs. Schneider

RE: INTENT TO COOPERATE

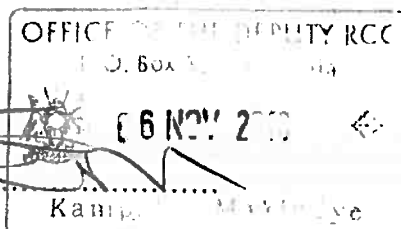
This office intends to cooperate with the German District Authority of the District Giessen in the common project to build up a secondary School for Sosolya Undugu Family Academy which prepares Ugandan student for a vocational education.

This School will be set up as model to establish a pedagogical approach to impart young people the skills they need for a vocational, education oriented at the requirements Uganda needs to establish a well working self-determined economy.

Much Obligated.

Yours in service;

.....
Kagolola Ibrahim



DEPUTY RCC KAMPALA I/C MAKINDYE DIVISION

Entwurf Vorlage „1.000 Schulen für unsere Welt“

Bildung fördern, Fluchtursachen stoppen

Der Kreistag beschließt:

Der Landkreis Gießen setzt sich aktiv für Bildung im Globalen Süden ein. Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ des Deutschen Landkreistags, des Deutschen Städtetags und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes setzt sich der Landkreis Gießen für den Bau einer Schule in Uganda ein, und stärkt damit die Zukunftschancen der jungen Menschen vor Ort. Damit leistet der Landkreis Gießen einen aktiven Beitrag dazu, die Lebenssituation zu verbessern und gleichzeitig der Perspektivlosigkeit als Fluchtursache entgegenzutreten. Der Landkreis Gießen ruft die Bürgerinnen und Bürger sowie die private Wirtschaft auf, mit ihren Spenden dieses nachhaltige Projekt umzusetzen .

Begründung:

Bildung ist weltweit eine der wichtigsten Ressourcen. Jeder Mensch in jedem Land soll eine Schule besuchen und einen Beruf erlernen können. Bildung und Ausbildung sind die Voraussetzungen für Beschäftigung, für die Überwindung von Armut, für ein selbstbestimmtes Leben. Viele Menschen des globalen Südens verlassen ihre Heimat auch deshalb, weil ihnen jegliche Perspektive für eine gefestigte Existenz fehlt. Diese Fluchtursachen können wir bekämpfen, indem wir uns nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten für Bildung im Globalen Süden einsetzen.

Uganda ist ein Staat im zentralen Afrika, der nicht im Fokus entwicklungspolitischer Programme der Industriestaaten steht. Das Land ist im Vergleich mit anderen afrikanischen Ländern friedlich. Insbesondere Stammes- und Religionskonflikte sind nicht vorhanden. Dementsprechend niedrig ist die Zahl der Geflüchteten. Dennoch gehört Uganda zu den ärmsten Ländern. Ein Landarbeiter kommt auf einen Jahresverdienst von 100 US Dollar. Gleichzeitig nimmt Uganda weltweit eine Spitzenposition bei der Aufnahme von Geflüchteten ein. Wo immer möglich erhalten die Geflüchteten ein kleines Stück Land, um weine Hütte zu bauen und Nahrung anzupflanzen.

Trotz einer Schulpflicht und abgeschaffter Schulgelder für die Grundschulzeit (7 Klassen) besucht nur ein Teil der Kinder eine Schule. Oftmals werden sie als Arbeitskräfte in der Familie gebraucht, oftmals ist das Geld für die Schuluniform und die Verpflegung in der Schule nicht vorhanden. Nur noch die Hälfte der ugandischen Kinder besucht eine weiterführende Schule (Secondary School). Ein

mittlerer (O-level) oder höherer (A-Level) Abschluss einer weiterführenden Schule ist aber Voraussetzung für eine berufliche Bildung.

In Uganda gibt es ausschließlich schulische und universitäre Bildung. Eine betriebliche Ausbildung wie in Deutschland gibt es dort traditionell nicht. In den vergangenen Jahren sind vereinzelte Projekte zur beruflichen Ausbildung, in der Regel mit deutscher Partnerschaft, entstanden. Die Absolventen dieser Projekte sind die gefragtesten Fachkräfte auf dem ugandischen Arbeitsmarkt.

In diesen Projekten hat es sich gezeigt, dass ugandische Schulen nur unzureichend die Schülerinnen und Schüler auf eine berufliche Ausbildung vorbereiten. Daher möchte das ugandische Erziehungsministerium modellhaft einige Schulen nach dem Vorbild berufsbildender Schulen aufbauen.

Die Verwaltung der Hauptstadtregion Kampala strebt ein Projekt zum gemeinsamen Bau einer berufsbildenden Schule an. Eine Trägerorganisation auf ugandischer Seite ist bereits benannt, eine Absichtserklärung unterzeichnet (siehe Anlage).

Der Bau einer berufsbildenden Secondary School würde einen wertvollen Beitrag im derzeit aktiven Aufbauprozess von praxisorientierter handwerklicher und landwirtschaftlicher Ausbildung leisten. Der stellvertretende Verwaltungsdirektor der Region Kampala, Ibrahim Kagolola, schreibt in der von ihm unterzeichneten Absichtserklärung zur Zusammenarbeit mit dem Landkreis Gießen: „Diese Schule soll als Modell aufgebaut werden, um ein pädagogisches Konzept zu entwickeln, junge Menschen an die Fertigkeiten heranzuführen, die sie für eine duale Ausbildung brauchen, die sich nach den Bedürfnissen richtet, die Uganda braucht, um eine selbstbestimmte florierende Wirtschaft im eigenen Land aufzubauen“.